Für eine Intensivierung der schweizerischen Entwicklungspolitik

Autor(en): **Peter, Hans-Balz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **50 (1971)**

Heft 2

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338354

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

macht, was aber in Indien nicht erwähnt wurde, wo man sich darüber zu freuen vorgab, welche Erfolge man gegen Pakistan errungen hatte. Doch inzwischen war man darauf gekommen, dass Polen und Bulgarien sich des gleichen «Vergehens» der «kartographischen Aggression» schuldig gemacht haben sollen, und man beschloss, in Warschau und Sofia einzuschreiten. (Fortsetzung folgt)

Hans-Balz Peter

Für eine Intensivierung der schweizerischen Entwicklungspolitik

Zur zweiten Session der «Interkonfessionellen Konferenz: Schweiz und Dritte Welt», 20.–22. November 1970 in Bern.

1. Die zweite Session der Konferenz «Schweiz und Dritte Welt», die wiederum von alt Bundesrat Dr. *Willy Spühler* offen und souverän präsidiert wurde, fand in einer entspannteren Atmosphäre statt als die erste[1]. Diese Session war vor allem der Gruppenarbeit über konkrete Postulate der schweizerischen Entwicklungshilfe im Rahmen einer koordinierten Entwicklungspolitik gewidmet.

Zwischen den beiden Sessionen war für jede Gruppe aus den bisherigen Konferenzergebnissen eine Reihe von Thesen vorbereitet worden, die die Grundlage für die Konferenzarbeit bildeten. Jede Gruppe behandelte ihre Thesen eingehend und legte die Folgerungen aus ihren Beratungen in einem Gruppenbericht nieder. Es erübrigt sich, ausführlich auf diese Berichte einzugehen, da sie zusammen mit den Vorbereitungsdokumenten der Konferenz und der an der ersten Session gehaltenen Referate in Kürze veröffentlicht werden sollen[2].

2. Die erste Gruppe, *«Mensch und Gesellschaft in der Entwicklung»*, behandelte vorwiegend – zur Enttäuschung vieler, die eine Besprechung der soziologischen und kulturellen Grundfragen erwartet hatten – die theologischen Aspekte der Entwicklung. Schon in der Sprache zeigte sich dabei eine gewisse Kluft zwischen der «herkömmlichen Theologie» und einer jüngeren theologischen Generation, deren ethische Begriffe eher den politischen als den theologischen Wissenschaften entstammen. Es scheint tatsächlich fragwürdig, angesichts der Gespaltenheit, von der Welt als einer «universellen Familie» zu sprechen, deren inhärentes Prinzip die «Solidarität» sei. Eine solche Redeweise ist wenig kommunikabel; zudem fordert sie die falschen Leute heraus, nämlich die, welche durch ihr Enga-

[1] Siehe unseren Bericht über die erste Session der Konferenz in «Profil» 1/1971, Seiten 22 ff.

[2] «Die Schweiz und die Dritte Welt» (Arbeitstitel). Bericht der Interkonfessionnellen Konferenz: Schweiz und Dritte Welt. Zürich/Freiburg (Schweiz) 1970.

gement versuchen, den Graben zwischen der ersten und der dritten Welt zu überbrücken, und sie beruhigt jene zusätzlich, die schon bis anhin auf die automatische Wirkung universeller Prinzipien wie der Solidarität rechneten und sich damit aktiver Mitwirkung enthoben. Stärker ist der Abschnitt «Kirche und Politik»; die Kirche habe unzweideutig eine politische Mission. Dabei handle es sich nicht um eine Politisierung der Kirche, sondern im Gegenteil um eine Entpolitisierung in dem Sinne, dass viele Christen und Kirchen dadurch, dass sie sich der politischen Stellungnahme enthalten, zu Komplizen der etablierten «Ordnung» werden und deren strukturelle Ungerechtigkeiten stützen.

3. Eine zweite Gruppe befasste sich mit der *«Technischen Zusammenarbeit»*. Deutlich wurde im Bericht gezeigt, dass die technische Hilfe nur *ein Teil* eines ganzen Massnahmenbündels beziehungsweise eines «Systems» der Entwicklungshilfe sein kann, der durch finanzielle und handelspolitische Unterstützung ergänzt werden muss, wenn er einen Effekt haben soll. Die technische Zusammenarbeit hat sich in die Situation des Kulturumbruchs, in dem alle Entwicklungsländer notwendig begriffen sind, einzuordnen. Möglichst rasch sollen die geschaffenen Einrichtungen und Funktionen in die Verantwortung der Partner in den Entwicklungsländern übergehen.

Besondere Beachtung fand in dieser Gruppe die *Personalfrage*. Die technische Zusammenarbeit erfordert Personal von – sowohl in charakterlicher wie in ausbildungsmässiger Hinsicht – höchster Qualität. In der Schweiz fehlen bisher entsprechende Ausbildungsstätten. Die Universitäten werden deshalb aufgefordert, die dringend nötigen Vorkehrungen zur Ausbildung von Entwicklungsfachleuten zu schaffen; das bedingt den zielbewussten Ausbau der Lehrpläne. Leider wurde die Forderung nach einem schweizerischen Entwicklungsinstitut, das sich der Forschung und Ausbildung auf dem Gebiete der Entwicklungspolitik annimmt, nicht in den Gruppenbericht aufgenommen, obwohl sich bisher die schweizerischen Hochschulen (mit Ausnahme eines bescheidenen Versuchs an der ETH Zürich) nicht fähig oder nicht willens zeigten, die Funktionen eines solchen Instituts zu übernehmen. Die technische Zusammenarbeit, die vor allem vom Bund und von den privaten Hilfswerken getragen wird, leidet an einem ausgeprägten Mangel an qualifizierten Mitarbeitern; ohne verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten, welche die Hilfswerke nicht selbst zu schaffen vermögen, können sie ihre Aufgabe nicht zweckmässig erfüllen.

4. Wichtige Gesichtspunkte wurden in der Gruppe *«Information und Bewusstseinsbildung»* erarbeitet. Öffentliche Sammlungen der Hilfswerke genügen nicht für die Bewusstseinsbildung; oft war die Information solcher Aktionen sogar falsch gezielt, indem sie auf sofortige Sammelergebnisse ausgerichtet war und glauben machte, das Problem «Entwicklung» könne innert kurzer Zeit und mit bescheidenen Mitteln entscheidend gemildert werden. Das Gegenteil ist der Fall: Entwicklung fordert Jahr-

zehnte höchster Anstrengungen in allen Bereichen. Über die Misserfolge ist objektiv zu berichten, denn nur so werden die Schwierigkeiten der Entwicklung einsichtig. Ein Grossteil der Hemmnisse dieser Entwicklung liegt ausserhalb der Wirkungsmöglichkeiten herkömmlicher Hilfstätigkeit; sie sind in den Strukturen der internationalen Wirtschaft und Politik begründet und können nur durch strukturelle Umwälzungen (innerhalb der Entwicklungsländer selbst, aber auch innerhalb der Industrieländer und in den internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen) beseitigt werden.

Diese Zusammenhänge müssen ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gebracht werden. Dazu ist vermehrte Information und Ausbildung auf allen Stufen der Bewusstseinsbildung nötig: auf der Ebene der Schulen und der Erwachsenenbildung, der Massenmedien sowie der kirchlichen Verkündigung. Vor allem gilt es, die Kette der engherzigen, gruppenmässigen und nationalstaatlichen Interessen zu sprengen und den Blick auf die Ziele einer weltweiten Wohlfahrt umzulenken. Die Konferenz schlägt darum in einem detaillierten Plan die Schaffung einer schweizerischen Zentralstelle für Information und Öffentlichkeitsarbeit vor, die den Schulen, Massenmedien, Hilfswerken und Kirchen mit Beratung und Informationsmaterial zur Verfügung stehen soll.

5. Die *«Finanziellen Beziehungen zu den Entwicklungsländern»* waren das Thema der vierten Gruppe. Drei Fragenkreise standen im Vordergrund, über die im einzelnen kurz berichtet werden soll.

a) Die *öffentliche Entwicklungshilfe* (Finanzhilfe). Hier wurde einhellig gefordert, der schweizerische Beitrag sei, gemessen in Prozenten des Bruttosozialprodukts, sofort mindestens auf den Durchschnitt der übrigen Industrieländer (DAC-Staaten, OECD) zu erhöhen; für 1970 hätte dies eine *Verdoppelung der schweizerischen öffentlichen Leistungen* bedeutet.

b) Die schweizerischen *Privatinvestitionen* in Entwicklungsländern wurden von verschiedenen Teilen der Gruppe unterschiedlich bewertet. Einigkeit herrschte jedoch darin, dass die Information über diese Leistungen dringend verbessert werden muss und dass sich Privatinvestitionen keineswegs zwangsläufig günstig auf die Wirtschaft der Entwicklungsländer auswirken müssen (trotz privater Rentabilität), sondern durchaus negative Wirkungen haben können. Die positiven und negativen Effekte können aber nicht a priori und prinzipiell beurteilt, sondern müssen in jedem Einzelfall abgewogen werden.

c) Als Kehrseite der Medaille unserer Finanzhilfe müssen die *Kapitalrückflüsse* aus den Entwicklungsländern beachtet werden. Der privaten und öffentlichen Entwicklungshilfe auf der Aktivseite sind – und dies wurde bisher unterlassen – die Zinsen und Gewinne sowie die Fluchtkapitalien aus den Entwicklungsländern auf der Passivseite gegenüberzustellen. Mit gewichtigen Argumenten wurde Kritik am schweizerischen *Bankgeheimnis* geübt. Es verunmöglicht nicht nur die statistische Erfas-

sung der Kapitalrückflüsse nach Umfang und Quellen, sondern steht den Bemühungen der Entwicklungsländer entgegen, ihre einheimischen Kapitalien für ihre eigene Wirtschaft fruchtbar einzusetzen. Die übliche Erklärung, die kürzlich von Bundesrat Celio wiederholt wurde, die Verhinderung der Kapitalflucht sei allein Aufgabe der Entwicklungsländer und diese könnten ja die Devisenkontrolle verschärfen, kann nicht angenommen werden. Erstens erstaunt, dass gerade die Schweiz, die sonst betont für die Liberalisierung des Welthandels eintritt, den Entwicklungsländern solche einschneidend interventionistische Massnahmen vorschlägt, die von den Industrieländern nicht unbeantwortet blieben. Zweitens geht es um eine Unterstützung der Entwicklungsländer auch in dieser Frage; wenn die Schweiz einerseits Entwicklungshilfe leisten will, kann sie nicht anderseits als volkswirtschaftlicher «Hehler» für dringend benötigte Finanzmittel der Dritten Welt dastehen. Ein Teil der Gruppe fordert darum den Bundesrat auf, entsprechende Massnahmen vorzubereiten.

6. Die fünfte Gruppe schliesslich, die über «*Probleme des Handels*» beriet, sprach sich dafür aus, dass die Schweiz aktiver auf das Zustandekommen von internationalen *Rohstoffabkommen* hinwirken soll. Bei Produkten, für die in dieser Richtung keine Fortschritte erzielt werden können, soll sie den Anspruch der Entwicklungsländer auf entgangene Exporterlöse (infolge Preisschwankungen) anerkennen und sich einseitig zu Kompensationszahlungen in Form von zusätzlicher Entwicklungshilfe verpflichten. Auf dem Gebiet der industriellen *Halb- und Fertigfabrikate* bilden allgemein die Zölle der Industrieländer, gerade auch der Schweiz, für die Entwicklungsländer unüberwindliche Exportschranken. Die Gruppe begrüsste die Absicht des Bundesrates, der das Parlament noch zustimmen muss, einem allgemeinen Zollpräferenzsystem für die Entwicklungsländer beizutreten, und erwartet, dass nicht mit Rücksicht auf inländische Produzentengruppen wichtige Waren von dieser Regelung ausgenommen werden. Überdies wird die Absatzförderung für Produkte aus der Dritten Welt empfohlen, wofür eine schweizerische Importförderungszentrale, welche die Entwicklungsländer in ihren Handelsbemühungen unterstützen soll, geschaffen werden könnte.

7. Diese kommentierten Postulate stellen eine Auswahl aus den Empfehlungen der Konferenz dar. Wenn auch diese Empfehlungen, wie alt Bundesrat Spühler in seiner Eröffnungsansprache betonte, in erster Linie an die Kirchen gerichtet sind, so zielen sie doch in den meisten Fällen auf politische Entscheidungen hin, die von Bundesrat und Parlament gefällt werden müssen. Auf dieser politischen Ebene und in der Notwendigkeit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit sind indirekt besonders die politischen Parteien zum Engagement und zur Aktivität in Entwicklungsfragen aufgefordert.